



Niederschrift

zur 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt am 16.11.2015

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Christof Sommer Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Peter Cosack ordentliches Mitglied
Herr Josef Franz ordentliches Mitglied
Herr Franz Gausemeier ordentliches Mitglied
Herr Klaus Laufkötter ordentliches Mitglied
Frau Maike Strakerjahn ordentliches Mitglied
Herr Siegfried Pfenninger stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Otto Brand ordentliches Mitglied
Herr Hans-Joachim Kayser ordentliches Mitglied
Herr Thomas Morfeld ordentliches Mitglied bis TOP 18.2 (teilw.)
Frau Sabine Pfeffer ordentliches Mitglied
Frau Gabriele Oelze-Krähling stellv. Mitglied
Herr Sven Salmen stellv. Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Michael Rüpp ordentliches Mitglied

BG-Fraktion

Herr Hans-Dieter Marche ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Christian Prahll ordentliches Mitglied

FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Neuhoff ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns ordentliches Mitglied bis TOP 18.1 (teilw.)

Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete und Stadtkämmerin Karin Rodeheger		
Herr Hartmut Neutzler	Fachbereichsleiter 1	
Herr Joachim Elliger	Fachbereichsleiter 3	
Herr Manfred Strieth	Fachbereichsleiter 5	
Herr Heinrich Horstmann	Fachbereichsleiter 6	
Frau Julia Scharte	Pressestelle	nur öT
Frau Sandra Milke	Schriftführerin	

Gast

Herr Holger Künemund
Herr Manuel Rodriguez Cameselle

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den Ausschussmitgliedern die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorliegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung regt Herr Sommer zunächst eine Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Sitzungsteil um die Beratung und Beschlussfassung zur Anmietung eines weiteren Gebäudes des LWL an. Gegen die Erweiterung erhebt sich kein Widerspruch. Diese zusätzlich zu beratende und zu beschließende Angelegenheit wird als Tagesordnungspunkt 16 auf die Tagesordnung genommen. Die restlichen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Anschließend nimmt Herr Sommer Bezug auf den Protest vor dem Rathaus und geht in diesem Zusammenhang auf die Diskussion zur Unterbringung von Flüchtlingen in Lippstadt ein. Herr Sommer gibt einen umfassenden Überblick über die Flüchtlingssituation in Lippstadt. Zurzeit sind ca. 1.000 Flüchtlinge in Lippstadt untergebracht (sowohl in den eingerichteten Notunterkünften als auch im Rahmen der regulären Zuweisung). Bisher konnte die Stadt die gestellten Aufgaben erfüllen. Bereits zu diesem Zeitpunkt hat die Stadt Lippstadt weitere Planungen unternommen, um in den nächsten Monaten (bis März nächsten Jahres) weitere 700 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen bereitzustellen. Aufgrund der Prognosen wird Lippstadt allerdings sehr viel schneller als geplant wieder reguläre Zuweisungen erhalten. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass man auf einen möglicherweise auftretenden Engpass bei der Unterbringung von Flüchtlingen vorbereitet ist. So ist es beispielsweise erforderlich, dass die Turnhalle der Grundschule in Bad Waldliesborn kurzfristig für die Unterbringung von Flüchtlingen hergerichtet wird. Hierzu wird am 17.11.2015 eine entsprechende Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger stattfinden. Um noch weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, gibt es immer wieder neue Überlegungen. Bei diesen Überlegungen werden alle möglichen Standorte überprüft, so wird beispielsweise auch die Unterbringung von Flüchtlingen in der Grundschule Hörste in die Überlegungen einbezogen. Die dortige Unterbringung ist eine von vielen Optionen, die von der Verwaltung geprüft wird. Herr Sommer betont, dass er die Reaktionen der Eltern verstehen kann, eine Entscheidung allerdings noch nicht getroffen ist und die Unterbringung von Flüchtlingen in Schulen bzw. Turnhallen

sicherlich nicht Ziel ist und bei der Priorisierung von Möglichkeiten nicht vorne steht. Vorrangig gilt es andere Lösungen zu finden, wobei diese natürlich umsetzbar sein müssen. Herr Sommer hofft, dass es auch in Zukunft gelingt der gesetzlichen Verpflichtung (Unterbringung von Flüchtlingen) nachzukommen.

Frau Stöppel als Vertreterin der Eltern der Grundschule Hörste bezieht sich in ihren Ausführungen u.a. auf den Gebietsänderungsvertrag aus dem Jahr 1973 und hält diesen nach wie vor für wirksam. Nach Ansicht von Frau Stöppel hat sich die Stadt Lippstadt nach wie vor für den Erhalt der Grundschule Hörste einzusetzen, da keine kriegsähnlichen Zustände herrschen. Außerdem sieht sie keine Rechtsgrundlage für die Schließung der Schule, da die geforderte Mindestanzahl von Schülerinnen und Schülern erreicht ist. Herr Sommer hebt hervor, dass es hier nicht um die Schließung/Aufgabe der Schule geht. Außerdem hat die Schule in der Vergangenheit immer Unterstützung durch Rat und Verwaltung erhalten. Bei der Überprüfung ist es erforderlich, dass alle möglichen Optionen in Erwägung gezogen werden. In diesem Zusammenhang wiederholt Herr Sommer seine Aussage, dass die Nutzung einer Schule bei der Setzung der Prioritäten nicht an vorderster Stelle steht, sondern ganz weit hinten. Aufgrund der erfolgten Prognosen ist es allerdings nicht möglich, dass man eine Option komplett ausschließt.

Nach Wortbeiträgen der Herren Prah, Kayser, Cosack, Rüpp, Bruns und Gausemeier beantwortet Herr Sommer eine Frage von Herrn D`Ambrosio. Herr D`Ambrosio fragt, wie viele Flüchtlinge in den nächsten Monaten voraussichtlich von der Stadt Lippstadt aufgenommen werden müssen. Hierzu erläutert Herr Sommer den Verteilungsmaßstab und teilt mit, dass die Stadt Lippstadt voraussichtlich 150 regulär zugewiesene Flüchtlinge pro Monat aufnehmen muss.

Abschließend geht Herr Sommer auf die Presseberichterstattung zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Schützenhalle des südlichen Schützenbundes ein und stellt klar, dass die dort getroffenen Aussagen (der südliche Schützenbund habe nach mehrfachen Nachfragen abgelehnt) nicht stimmen. Derartige Aussagen sind, so Herr Sommer, für die weitere Verhandlung nicht hilfreich.

1. Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Beschwerde des Herrn Christian Franz gem. § 24 GO NRW i. V. m. § 5 Hauptsatzung: Müllentsorgung in der Flüchtlingsunterkunft Freiberger Straße

308/2015

Herr Sommer bezieht sich auf die Beschwerde des Herrn Franz und gibt Erläuterungen zur Müllentsorgung in den Flüchtlingsunterkünften in Lippstadt, insbesondere zur Freiberger Straße. Zur Freiberger Straße führt Herr Sommer aus, dass nur durch die vorgehaltenen größeren Einheiten eine vernünftige Müllentsorgung gewährleistet ist. In den Unterkünften ist in der Praxis eine

hinreichende Mülltrennung in der Regel nicht umsetzbar, so dass ein nicht verwertbares Abfallgemisch entsteht. Abschließend informiert Herr Sommer darüber, dass das Vorhalten größerer Müllbehälter auch für einige andere, nicht aber für alle Unterkünfte gilt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Erläuterungen zustimmend zur Kenntnis.

3. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in der Stadt Lippstadt ab dem 01.08.2016

205/2015

Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes beantragt Herr Franz, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf die nächste Ratssitzung am 23.11.2015 vertagt werden. Herr Sommer lässt über den Vertagungsantrag für den Tagesordnungspunkt 3 abstimmen. Diesem wird bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt.

4. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an außerunterrichtlichen Angeboten in der Primarstufe im Rahmen der "Offenen Ganztagschule" und der "Schule von acht bis eins" ab dem 01.08.2016

223/2015

Herr Sommer lässt über den Vertagungsantrag abstimmen, der von Herrn Franz unter dem Tagesordnungspunkt 3 gestellt worden ist. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

5. Erlass einer 19. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Lippstadt

287/2015

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es Wortbeiträge der Herren Sommer, Kayser, Cosack, Marche, Prah und Bruns. Im Rahmen der Aussprache stellt Herr Kayser einen Antrag auf Vertagung für die Tagesordnungspunkte 5 bis 9. Er begründet seinen Antrag damit, dass die entsprechenden Berechnungen auf einem falschen Zinssatz beruhen (es wurde ein kalkulatorischer Zinssatz von 7 Prozent zugrunde gelegt (anstatt dem vom Rat beschlossenen Zinssatz von 5,5 Prozent)). Gleichzeitig schlägt er vor, diese Tagesordnungspunkte in der Dezembersitzung des Rates zu beschließen. Abschließend lässt Herr Sommer über den Antrag von Herrn Kayser abstimmen. Diesem wird bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt. Die Tagesordnungspunkte 5 bis 9 sind auf die Dezembersitzung vertagt verbunden mit der

Prüfung, ob dann noch ein rechtzeitiger Versand der Steuerbescheide für das Jahr 2016 möglich ist.

6. Erlass einer 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Lippstadt über die Abfallentsorgung
286/2015

siehe TOP 5

Der Tagesordnungspunkt 6 wird auf die Dezembersitzung vertagt verbunden mit der Prüfung, ob dann noch ein rechtzeitiger Versand der Steuerbescheide für das Jahr 2016 möglich ist.

7. Gebührenbedarfsberechnung für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen für das Jahr 2016
311/2015

siehe TOP 5

Der Tagesordnungspunkt 7 wird auf die Dezembersitzung vertagt verbunden mit der Prüfung, ob dann noch ein rechtzeitiger Versand der Steuerbescheide für das Jahr 2016 möglich ist.

8. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen für das Jahr 2016
312/2015

siehe TOP 5

Der Tagesordnungspunkt 8 wird auf die Dezembersitzung vertagt verbunden mit der Prüfung, ob dann noch ein rechtzeitiger Versand der Steuerbescheide für das Jahr 2016 möglich ist.

9. Schmutz- und Regenwassergebühren für das Jahr 2016
313/2015

siehe TOP 5

Der Tagesordnungspunkt 9 wird auf die Dezembersitzung vertagt verbunden mit der Prüfung, ob dann noch ein rechtzeitiger Versand der Steuerbescheide für das Jahr 2016 möglich ist.

10. Richtlinien der Stadt Lippstadt zur Sportförderung
283/2015

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es Wortbeiträge der Herren Sommer, Cosack und Kayser.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügten „Richtlinien der Stadt Lippstadt zur Sportförderung“ werden beschlossen.

Einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung

11. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
276/2015

Nachdem Herr Sommer eine Frage von Herrn Marche beantwortet hat, beschließt der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

- „1. Für entstehende Mehrkosten bei den Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse bei Asylbewerbern (PSK 005.002.001, 5331100/7331100) werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € überplanmäßig bereitgestellt.
2. Für entstehende Mehrkosten bei den Unterkunftskosten von Asylbewerbern (PSK 005.002.001, 5331200/7331200) werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € überplanmäßig bereitgestellt.
3. Die Deckung der Mehrkosten erfolgt durch überplanmäßige Mehreinnahmen in Höhe von 110.000 € bei dem Produktsachkonto „Schulkostenbeiträge Förderschulen“ (PSK 003.006.001; 4142111/6142111).“

Einstimmig zugestimmt

12. Bewilligung außerplanmäßiger Aufwendungen / Auszahlungen für den Betrieb von Notunterkünften für Flüchtlinge durch die Stadt Lippstadt
299/2015

Herr Sommer teilt mit, dass die Stadt Lippstadt durch die Regierungspräsidentin gebeten worden ist, die Notunterkünfte zunächst formell bis zum 29.02.2016 weiter zu betreiben. Gleichzeitig wurde der Stadt Lippstadt Dank für die geleistete Amtshilfe ausgesprochen.

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschließt der Haupt- und Finanzaus-

schuss, dem Rat zu empfehlen:

‘Für den Betrieb von Notunterkünften für Flüchtlinge durch die Stadt Lippstadt werden im Haushaltsjahr 2015 außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von **2.600.000,00 €** bereitgestellt.’

Einstimmig zugestimmt

13. Überplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kostenerstattung an andere Jugendämter
296/2015

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Sommer, Marche und Strieth.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

- „1. Für entstehende Mehrausgaben bei der Kostenerstattung an andere Jugendämter für Minderjährige in Vollzeitpflege (Produktsachkonto 006.005.002, 7331000) werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 480.737 € überplanmäßig bereitgestellt.
2. Für entstehende Mehrausgaben bei der Kostenerstattung an andere Jugendämter für Minderjährige in Heimerziehung (Produktsachkonto 006.005.003, 7332000) werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 316.419 € überplanmäßig bereitgestellt.
3. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch überplanmäßige Mehreinnahmen bei dem Produktsachkonto „Gewerbsteuer“ (016.001.001, 6013000).“

Einstimmig zugestimmt

14. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung

14.1. Hinweis zur Ehrenamtskarte NRW

Herr Sommer weist darauf hin, dass in der vergangenen Woche die entsprechende Vereinbarung mit dem Land zur Ehrenamtskarte NRW unterzeichnet worden ist.

14.2. Hinweis zur Auszeichnung "Ab in die Mitte"

Herr Sommer informiert die Ausschussmitglieder, dass die Stadt Lippstadt im Rahmen von „Ab in die Mitte“ eine Auszeichnung (Preisgeld in Höhe von 10.000 €) erhalten hat.

14.3. Frage von Herrn Kayser zur Reservierung von Sitzungsräumen

Herr Kayser teilt mit, dass seiner Fraktion im Jahr 2013 nicht für alle Sitzun-

gen Sitzungsgeld gezahlt worden ist (aufgrund der bestehenden Obergrenze). Aus diesem Grund ist er dazu übergegangen für die Vorbesprechungen größere Gruppen bzw. Arbeitskreise zu bilden. Für diese größeren Einheiten benötigt er auch größere Räume. Nun wurde ihm, nachdem er für das Jahr 2016 für vier Termine entsprechende Sitzungsräume im Stadthaus reservieren wollte, mitgeteilt, dass dieses nach einer entsprechenden Entscheidung der Verwaltungsspitze nicht mehr möglich ist. Er bittet um entsprechende Information. Herr Sommer sagt eine Prüfung und Rückmeldung zu.

14.4. Frage von Herrn Brand zur Brückensperrung B55 - Alternativroute

Herr Brand bezieht sich auf die ausgearbeitete Alternativroute im Zusammenhang mit der Brückensperrung (B55) und fragt Herrn Bürgermeister Sommer nach den Gründen, warum diese nicht umgesetzt werden kann. Herr Sommer erklärt, dass der Kreis Paderborn Bedenken angemeldet hat. Nach entsprechenden Untersuchungen, so Herr Sommer weiter, seien die Kreisstraßen des Kreises Paderborn, die durch die Alternativroute betroffen gewesen wären, nicht ausreichend tragfähig. Daher müssen die bisherigen Umleitungen beibehalten werden. Herr Brand bedankt sich bei Herrn Sommer für die Ausführungen.

14.5. Vorschlag von Herrn Gausemeier zur Einsparung von Kosten - Flüchtlinge

Herr Gausemeier schlägt vor einen Spendenaufruf für Flüchtlinge, insbesondere für Haushaltsgeräte und Geschirr, zu starten, damit entsprechende Kosten eingespart werden können. Herr Elliger bedankt sich für den Vorschlag, gibt allerdings zugleich zu bedenken, dass nach den bisherigen Erfahrungen derartige Abfragen sehr aufwendig und nur sehr schwer zu koordinieren sind. Hier steht der Aufwand in der Regel in keinem Verhältnis zu den eingesparten Kosten. Herr Strieth weist darauf hin, dass ein großer Teil des Geschirrs bereits aus Spenden finanziert ist und hier der Einsatz der ehrenamtlichen Kräfte enorm ist.

Abschließend hierzu gibt es noch weitere Wortmeldungen der Herren Gausemeier, Sommer, Prahl und Brand.

14.6. Frage von Herrn Laufkötter zur Wegeführung am CabrioLi

Herr Laufkötter bittet die Verwaltung, die Wegeführung vom CabrioLi zum Parkplatz zu überprüfen, weil es hier schon häufiger zu gefährlichen Situationen gekommen ist (entweder durch eine entsprechend geänderte Beleuchtung oder aber einen anzulegenden Fußweg). Herr Sommer sagt zu, diese Anregung aufzunehmen und zur Prüfung weiterzuleiten.

Ende des öffentlichen Teils um 19:45 Uhr.

gez. Sommer
Vorsitzender

gez. Milke
Schriftführerin